

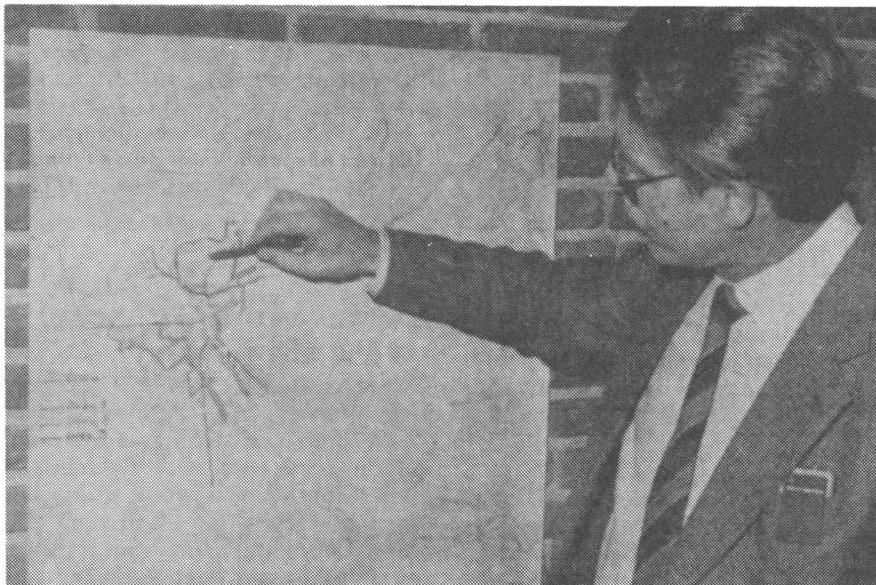


## Wir wollen leben! 30 km/h in allen Wohngebieten von Bad Bramstedt

Unter diesem Leitthema stand die gutbesuchte, öffentliche Veranstaltung der SPD Bad Bramstedt am 13. Februar im „Hotel zur Post“. Gastredner Dr. Lutz, der als Bürgermeister von Elmshorn und Vorstandsmitglied der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, bereits über praxisnahe Erfahrung zu diesem Sachgebiet verfügt, veranschaulichte deutlich, was die flächendeckende Einführung von 30 km/h in den Wohngebieten für Bad Bramstedt an Vorteilen mit sich bringen würde.

Der derzeitige Stand in der Bundesrepublik ist leider immer noch so, daß eine halbe Million Menschen jährlich durch den Straßenverkehr körperliche Schäden erleiden oder getötet werden. Fast 70 % dieser Unfälle ereignen sich innerhalb geschlossener Ortschaften, wobei nachweisbar die häufigste Unfallursache überhöhte Geschwindigkeit ist. Nicht etwa der Fahrer des Unfallfahrzeuges, sondern die Passanten und Radfahrer sind dabei besonders gefährdet, da sie den bei dem Unfall freiwerdenden Kräften ungeschützt ausgesetzt sind. Nochmals zur allgemeinen Verdeutlichung: Bei einer Kollision bei Tempo 80 km/h beträgt die statistische Überlebenschance für den Passanten gleich null; bei 60 km/h bestehen immerhin 15 % an Überlebenschancen, während erst die Reduzierung auf Tempo 30 km/h die Quote der Überlebenschancen auf 90 % ansteigen läßt.

Obige Zahlen sprechen eigentlich für sich selber - aus diesem Grunde fordern die Sozialdemokraten Bad Bramstedts eine flächendeckende Einführung des Tempos 30 km/h in allen Wohngebieten unserer Stadt. Positive Vergleichswerte aus anderen Städten liegen vor, allein im Stadtstaat Hamburg wurden bisher über 250 Wohngebiete im Tempo heruntersetzt. Können wir es uns leisten, unseren Mitbürgern diese neue Regelung noch weiter vorzuenthalten?



**Geschwindigkeitsbegrenzungen fordert der 1. Vorsitzende der SPD, Peter Heinlein (Foto).** So sollten die Bundesstraßen 4 und 206 sowie der Landweg und die Glückstädter Straße zwar als Kreisstraßen weiterhin mit Tempo 50 befahren werden können, erläuterte er bei einer Veranstaltung über innerörtliche Verkehrsprobleme. Ein Tempolimit hingegen müßte es in den reinen Wohngebieten geben. Hierzu zählen z. B. die Schillerstraße, der Bissenmoorweg, Unter der Lieth, Fuhldorfer Weg, Graf-Stolberg-Straße und der Maienbaß. Viele Straßen würden als Schleichwege benutzt, um die Innenstadt zu umgehen. „Schleichwege müssen aber dichtgemacht werden, denn der Verkehr soll heraus aus den Wohngebieten,“ war eine der Forderungen, die Dr. Dietmar Lutz (Elmshorn) bei dieser Veranstaltung stellte.

### SPD-Antrag zu 30 km/h angenommen!

Auf der jüngsten Stadtverordnetenversammlung hatte die SPD-Fraktion einen Antrag zu 30 km/h in allen Wohngebieten von Bad Bramstedt eingebracht. Dieser Antrag wurde mit einer leichten Änderung von der Stadtver-

ordnetenversammlung verabschiedet. Erfreut über diesen Erfolg bürgernaher Politik zeigten sich dann auch alle SPD-Vertreter nach der Sitzung. „Nun gilt es, diesen Erfolg in die Praxis umzusetzen,“ meinte abschließend SPD-Vorsitzender Peter Heinlein.

# Die Halbzeit-Bilanz der Wende-Regierung

Noch nie ist eine Bonner Regierung schon in ihrer Anlaufzeit so permanent und vernichtend kritisiert worden wie die des sogenannten „schwarzen Riesen“. Noch nie wurden in so kurzer Zeit so viele Pannen, Skandale und Fehlentscheidungen registriert. Und: Selten war die Diskrepanz zwischen der Selbstzufriedenheit eines Regierungschefs und dem veröffentlichten Urteil über ihn größer.

Nicht nur der bundesdeutsche konservative Blätterwald, auch die ausländische Presse steht Helmut Kohl überaus skeptisch gegenüber. Ihn scheint das nicht anzufechten. Ein „nachgerade monumentales Selbstbewußtsein“ stellte schon im Oktober 1982 die Hamburger Zeitung an ihm fest. Das „Kohl taumelt von einer Bredouille in die nächste“ (Kurier Wien) hat bis heute, zumindest nach außen, kaum gelitten. „Kohl, sehr zufrieden“, leitartikelte dieser Tage die Neue Ruhr Zeitung, nachdem der Kanzler, selbstverständlich, eine positive Halbzeitbilanz seiner Koalitionsregierung gezogen hatte und, wieder einmal, voller Optimismus in die Zukunft blickte.

Anders kann es kaum sein, so ist es nun mal. Hatte er doch die Bundesrepublik damals als Folge der sozial-liberalen Regierungszeit „tief im Tal“ geortet, aus dem nur er, Kohl, die Deutschen wieder herausführen könne. „Nach einer langen Durststrecke der Geschichte“, so versprach er im Frühjahr 1983, würde die Union die Deutschen wieder auf die „Sonnenseite der Geschichte“ führen.

Um den Kohl von heute würdigen zu können, muß man sich vor Augen führen, welche bürgerlich-konservativen Erwartungen damals den Mann begleiteten, der sich anschickte, das angeblich innen und außen zerrüttete Staatswesen wieder in Ordnung zu bringen. „Hoffnung, Glaubwürdigkeit, Integrität“ sah die Zeit in ihm verkörpert, als „eine Art Statthalter des normalen Bürgers, als Sachwalter des gesunden Menschenverstandes“, mit dem „unverrückbaren Glauben, allen Problemen sei schon beizukommen, wenn man mit beiden Füßen fest auf dem Boden steht und das Herz auf dem rechten Fleck trägt.“

Autorität, Talente. Zweieinhalb Jahre später reibt man sich die Augen. Helmut Kohl hatte die Chance, beides zu demonstrieren. Inzwischen sprechen und schreiben selbst konservative Freunde und gutwillige Wegbegleiter anders über ihn.

Auch Helmut Kohl hatte die jedem Neuen zuständige Schonzeit. Das war nötig. Denn schon die Koalitionsverhandlungen des Frühjahrs 1983 waren von ständigen Auseinandersetzungen vor allem zwischen der CSU und der F.D.P. bestimmt. Von der Autorität Kohls war nichts zu spüren.

Am 5. November 1983, sieben Monate nach der für Kohl erfolgreichen Bundestagswahl, notierte die Stuttgarter Zeitung: „Der Kanzler sei entscheidungsschwach; er sei umgeben von Inkompetenz; er kümmerne sich entweder um alles oder um nichts. Er lasse die Zügel schleifen und alle Pflicht sei ihm lästig.“

WIR HABEN EUCH ALLES GEKÜRZT-  
DAS KINDERGELD, DAS WOHNUNGSGELD,  
DAS MUTTERSCHAFTSGELD, DAS  
ARBEITSLÖSUNGSGELD,  
DIE RENTEN...



ERWEITERT HABEN WIR  
DIE PLEITEN 1984 AUF CA  
16.000 BETRIEBSZUSAM-  
MENBRÜCHE, DIE ARBEITS-  
LOSEN SEIT DER WENDE  
UM 700.000 PERSONEN  
UND VOM ÜBERSCHUSS  
DER BUNDESANSTALT  
FÜR ARBEIT IN NÜRN-  
BERG BETEILIGEN  
WIR UNS AM  
KRIEG  
DER  
STERNE

## ABBAU

Die wichtigsten Sparmaßnahmen der Regierung Kohl im Bereich der Sozialen Sicherung

- Schwerbehinderte**  
Einschränkungen der unentgeltlichen Beförderung und Kfz-Steuerbegünstigung
- Krankheit**  
Erhöhung der Rezeptgebühr, Selbstbeteiligung an Kosten für Krankenhausaufenthalt und Kuren
- Bafög**  
Einschränkung der Schülerförderung, Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen
- Renten**  
Einschränkungen bei der Zuerkennung von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente
- Renten**  
Herabsetzung der Witwen- und Witwerabfindung bei Wiederheirat von fünf auf zwei Jahre
- Rentner**  
Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages
- Arbeitslosenversicherung**  
Anhebung des Beitragssatzes
- Kindergeld**  
Einkommensabhängige Reduzierung
- Sozialhilfe**  
Stärkere Einbeziehung von Verwandten in die Unterhaltspflicht
- Arbeitslosengeld**  
Bei Arbeitslosen ohne Kinder Senkung von 68% auf 63% des früheren Nettoentgelts
- Arbeitslosenhilfe**  
Bei Arbeitslosen ohne Kinder Senkung von 58% auf 56% des früheren Nettoentgelts
- Mutterschaftsurlaubsgeld**  
Kürzung der Dauer von vier auf drei Monate, des Tagesgeldes von 25 auf 20 Mark, (vom 1. Jan. 1986 an Umwandlung in Erziehungs-geld für alle Mütter)
- Arbeitslosengeld**  
Kürzung bei Arbeitslosen nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung
- Sozialabgaben**  
Stärkere Einbeziehung von Sonderzahlungen (z. B. Weihnachts- und Urlaubsgeld) in die Beitragspflicht
- Landwirte**  
Kürzung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Altershilfe
- Wohn-geld**  
Einschränkungen
- Sozialabgaben**  
Einbeziehung von Kranken-, Verletzten- und Übergangsgeld in die Beitragspflicht

Von da an ging es eigentlich nur noch bergab mit dem Ansehen des Helmut Kohl. Die Bonner Regierung wurde von der Wucht einer bis heute nicht abreißenden Kette von Pannen, Skandalen und Fehlentscheidungen gebeutelt: Lambsdorff muß im Zusammenhang mit der Flick-Affäre zurücktreten; um die Jahreswende 1983/84 erschüttert der Wörner-Kießling-Skandal die Regierung; Schwarz-Schilling kommt ins Gerede; Parteispenden-Affäre und der Rücktritt von Barzel, der Versuch der Selbstamnestierung, Buschhaus und Katalysator - Hickhack, Europa - Politik, Ausländerproblematik, Demo-Recht markieren die Hauptpunkte des Negativ-Katalogs. Immer stärker gerät Helmut Kohl selbst in den Mittelpunkt der Kritik: Entscheidungsschwäche, Führungslosigkeit, Konzeptionslosigkeit, mangelnde politische Planung lauten die Vorwürfe. „Aus-sitzen“ wird zu einem Merkmal der politischen Sprache, das den Regierungsstil des Kanzlers umschreibt.

Elf Monate nach dem März-Erfolg Kohls registrieren die Nürnberger Nachrichten im Januar '84: „Was seit Monaten in Bonn vorexerziert wird, muß auch Gutwillige erschüttern.“ „... ein Bild einer skandalgeplagten schlaffen Administration, deren Pilot (Kohl) der Schwierigkeiten nicht mehr Herr werden kann.“ (New York Times)

# Es gibt gute Gründe, jetzt SPD-Mitglied zu werden!

1. Wenn Du willst, daß in unserem Land wieder Politik für die Arbeitnehmer und gegen die Arbeitslosigkeit gemacht wird, dann tu was! Mit der SPD! Die SPD will gleiche Chancen für alle, nicht Reichtum für wenige. Und sie will eine vernünftige Beschäftigungspolitik.

2. Wenn Du willst, daß unsere Lebensgrundlagen Arbeit und Umwelt erhalten werden, dann tu was! Mit der SPD! Die SPD ist die Partei der Arbeitnehmer und des vernünftigen Fortschritts. Hilf mit bei der ökologischen Modernisierung unserer Industriegesellschaft.

3. Wenn Du willst, daß der Frieden gesichert und der Rüstungswahnsinn gestoppt wird, dann tu was! Mit der SPD! Die SPD ist die Partei des Friedens. Sie drängt Ost und West zur Abrüstung und auf Ausgleich zwischen Nord und Süd.

4. Wenn Du willst, daß Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit nicht nur leere Worte sind, dann tu was! Mit der SPD! Die SPD kämpft gegen die Umverteilung von unten nach oben, die die Reichen reicher und die Armen ärmer macht; und für einen modernen Sozialstaat, der wieder Chancengleichheit herstellt.

5. Wenn Du eine Gesellschaft willst, die für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eintritt, dann tu was! Mit der SPD! Seit 120 Jahren kämpfen Sozialdemokraten für den demokratischen Sozialismus.

6. Wenn Du willst, daß Politik und Karriere im Beruf nicht länger hauptsächlich Männersache sind, dann tu was! Mit der SPD! In der SPD hat der Kampf um Gleichberechtigung in Familie und Beruf eine lange Tradition. Erreicht wurde vieles - genug ist es noch lange nicht.

**Wenn Du willst, daß aus dem Geld für Raketen Brot für die Hungernden wird.**

**Tu was. Mit der SPD.**

**„Eine planvolle Verteilung der Arbeit wird immer mehr zur gebieterischen Notwendigkeit.“**

**Tu was. Mit der SPD.**

7. Wenn Du willst, daß der, der Recht hat, auch Recht bekommt, dann tu was! Mit der SPD! Die SPD hat Platz für beides - für alte Traditionen und neue Ideen. Und sie will, daß aus dem Idealismus und dem Engagement der Bürger konkrete Politik wird.

8. Wenn Du willst, daß Politik auch vor Deiner Haustür gelingt, dann tu was! Mit der SPD! Die SPD informiert ihre Mitglieder nicht nur besser, damit sie mitreden und mitbestimmen können, sondern tut auch was vor Ort: Feste feiern, Mieter beraten, Arbeitslosen helfen, Radwege ausbauen, Bäume pflanzen usw.. Mit Gleichgesinnten bist Du stärker!

**Tu was! Mit der SPD!**

## SPD-Initiative hatte Erfolg

Ein dauerndes Ärgernis bildet die Park- und Fahrsituation vor dem Coop-Markt. Auf Antrag unserer Stadträtin Ingrid Lehnert wird dieser Gefahrenherd jetzt beseitigt. Es werden Stellplätze für Schwerbehinderte geschaffen, Fahrradständer werden aufgebaut und das Parken direkt vor dem Verbrauchermarkt wird durch das Aufstellen von Pollern verhindert. Außerdem wird die Fahrfläche markiert, um so eine Verkehrslenkung zu erreichen.

## Alte SPD-Forderung erfüllt

Im Bereich des alten Waldbades soll nach den Beschlüssen der politischen Gremien ein öffentlicher Grillplatz entstehen. Die Attraktivität dieses Naherholungsgebietes wird durch diese Maßnahme sicherlich erhöht. Bleibt für die Zukunft nur zu hoffen, daß dieses Gebiet weiterhin von Großbaumaßnahmen verschont bleibt. Die im Rürgerpark jetzt aufgestellte Brücke über die Osterau rundet das Bild in vortrefflicher Weise ab.

## Neues von der Seilbahn

Wie der Magistrat der Öffentlichkeit kürzlich mitteilte, wird laut seinem Beschluß, ohne die Stimme der SPD-Stadträtin, die in der Süd-West-Stadt demonstrierte Seilbahn rechtzeitig vor Eröffnung des Freibades dort aufgebaut. Wir von der SPD sind weiterhin gegen die Aufstellung im Freibad, da die Seilbahn dann nur noch gegen ein Eintrittsgeld von den Kindern benutzt werden kann.

## Das neue Kulturhaus Mein Frühlingsgedicht

Das freigewordene alte Sonderschulgebäude ging von dem Schulverband wieder an die Stadt Bad Bramstedt über und wird nun nach einem großen Sanierungsaufwand kulturellen Zwecken zugeführt. Hier werden großzügige Räume für die Stadtbücherei und ein Treffpunkt für viele Bramstedter Vereine der Musik, des Gesangs und des Theaters zur Verfügung gestellt. Die Außenanlagen des Kulturhauses sind so geplant, daß sie der gemeinsamen Nutzung mit dem Schulzentrum gerecht werden. Damit kann der bisher asphaltierte Schulhof vom Verkehr freigehalten und einer sinnvollen Gestaltung zugeführt werden. Ein kleiner Betrag steht dieses Jahr bereits zur Verfügung, über dessen Verwendung zur Zeit die Schulversammlung gemeinsam mit dem Kinderschutzbund, in eigener Regie, berät. Zu den geplanten Außenanlagen des Schulzentrums gehört auch eine Fläche hinter der Turnhalle, die für den Sport im Freien hergerichtet werden soll.

Am 26.2. flogen sechs Schwäne aus Nordwesten über unser Haus. Jetzt glaube ich, ist es mit dem eisigen Winter endlich aus. Der Frühling kann kommen mit all' seiner Macht, seinen lauen Winden, dem neuen Grün, und der herrlichen Blumenpracht.

Wir alle erwarten ihn, mit Sehnsucht und Verlangen, ich hoffe noch ewig, keiner möge um den Frühling bangen. Er bringt uns neue Hoffnung, einen neuen Anfang und Sinn. Ich sehe im Aufblühen des Frühlings erst den neuen Jahresbeginn.

Karen Helmcke, Bad Bramstedt

## Das fiel uns auf: Bauruinen in Bad Bramstedt



Wie man auf obigem Bild erkennen kann, ist dieses eine Bauruine. Sie befindet sich mitten in der Stadt, Ecke Landweg - Düsternhoop. Wir, die SPD, fragen uns, muß dieses sein? Seit vielen Jahren ein betrüblicher Anblick für alle Bad Bramstedter, aber auch für die Besucher unserer Kur- und Rolandstadt.

## Die „Grundschule Am Bahnhof“

Die „Grundschule Am Bahnhof“, deren Schulhof bereits in einer Aktion der Lehrer, Eltern und des Kinderschutzbundes kinderfreundlich gestaltet wurde, wird nun in diesem und im folgenden Jahr mit viel Aufwand saniert. Zuerst werden die Fenster im Altbau ausgetauscht, wobei der bauliche Charakter durch Verwendung von Sprossenfenstern erhalten bleibt. Im Anschluß daran werden die großflächigen Fenster im Neubau gegen kleinteiligere ersetzt.



*Und noch eine Bauvorne mitten in der Stadt! Ebenfalls seit Jahren ein betäublicher Anblick, der uns hier in der Mühlenstraße jeden Tag begegnet. Für dieses Haus besteht nach unseren Informationen die Möglichkeit der Erhaltung. Hoffen wir, daß mit den Sanierungsarbeiten begonnen wird, bevor es ganz zerfällt.*

## Wir brauchen eine neue Politik für die Bauern!

Die Agrarpreisvorschläge für 1985/86 liegen auf dem Tisch. Die EG-Kommission hat mit der vorgeschlagenen Nullrunde nur ausgeführt, was der deutsche Landwirtschaftsminister mit beeinflußt und beschlossen hat: Die automatische Senkung der Getreidepreise bei weiter wachsenden Überschüssen, Senkung der Milchquoten um 1 Mio. Tonnen, den Abbau des Währungsausgleichs - das hat auch Bonn gewollt. Die ungerechte Praxis der einzelbetrieblichen Milchquote stammt aus Bonn und nicht aus Brüssel.

## Überschüsse nicht mehr bezahlbar!

900.000 t Butter, 700.000 t Milchpulver und über 600.000 t Rindfleisch lagern in den Kühlhäusern der EG. Die Selbstversorgung der EG mit Futterweizen liegt bei 150 %. Die Lagerhaltung kostet Milliarden. Schon heute fehlen dem EG-Haushalt bei den geltenden Agrarpreisen 7 Milliarden Mark. Mindestens 2 Milliarden Mark davon müßte der deutsche Steuerzahler tragen. Diese Zahlen beweisen: Die Fortsetzung dieser Überschußpolitik macht eine gezielte Hilfe für die Bauern unmöglich, und höhere Agrarpreise kosten noch mehr Steuergelder.

## Hilfe für Mittel- und Kleinbetriebe!

Die SPD will eine neue Landwirtschaftspolitik. In enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Landwirten wollen wir einen Weg gehen, der die Überschußproduktion abbaut und den Familienbetrieben hilft. Die Gießkannenpolitik der Regierung Kohl, wie z. B. die 3 Milliarden Mark für die Mehrwertsteuerentlastung um 5 %, hilft den Großbetrieben viel, den Kleineren aber wenig. Der Einkommensabstand in der Landwirtschaft wächst. Wir wollen eine Agrarpolitik, die gezielt hilft und nicht einfach nur mit Quoten und Preisbegrenzungen die Klein- und Mittelbetriebe in den Ruin treibt. Die EG-Agrarpolitik und nationale Maßnahmen müssen einerseits darauf ausgerichtet werden, daß bestehende landwirtschaftliche Familienbetriebe eine ausreichende Existenzsicherung finden, und andererseits müssen zum Abbau der Überschüsse Produktionsflächen in größerem Rahmen umstrukturiert oder stillgelegt werden. Dazu gehören auch direkte Einkommensübertragungen - dieses Tabu muß jetzt fallen. Dabei muß die Existenzsicherung der Bauern und eine sinnvolle Natur- und Landschaftspflege zu einem politischen Konzept geführt werden, das auf der Basis realistischer Finanzierungspläne verwirklicht wird.

# Kindergeld: Müdes Zucken

**Was CDU-Politiker als soziale Großtat feiern, erweist sich für manche Familien als Almosen: Das neue System von Kindergeld und Steuerfreibeträgen.**

Vier Tage vor dem Bundesparteitag der CDU in Essen wollte Alfred Dregger seiner Partei noch schnell etwas Gutes tun. Er legte den Kommissionsbericht „Familie im Wandel“ vor und feierte das Werk auch gleich als „grundlegende Wende in der Familienpolitik“. Was die christliberale Koalition an steuerlichem Familienlastenausgleich von 1986 an beschlossen habe, sei - so Dregger -, „nicht nur ein Neuanfang, das ist eine Revolution“.

Bei näherem Hinsehen indes erweist sich die angekündigte große Bewegung nur als müdes Zucken; denn Familien mit geringem Einkommen werden 1986 kaum mehr in der Tasche haben als heute, etwas besser Verdienende mit mehreren Kindern sogar weniger als 1982, vor der Wende.

Das hinderte den zuständigen Familienminister Heiner Geißler nicht, die angekündigte Reform ebenfalls als soziale Wohltat zu verkaufen. Einen monatlichen Zuschlag bis zu 46 Mark auf das Kindergeld könne der kleine Mann einstreichen, der nur wenig Steuern zahle und deshalb von der Erhöhung des Kinderfreibetrages nicht so profitiere, verkündete der Minister.

Was Kleinverdienern wirklich übrigbleibt, hat Werner Hüttche, Sozialexperte vom Familienbund der Deutschen Katholiken, ausgerechnet: Mehr als 20 bis 26 Mark springen monatlich pro Kind nicht heraus; denn die Ärmteren profitieren heute noch von dem bisherigen Kinderfreibetrag in Höhe von 432 Mark und können obendrein die sogenannten Kinderadditive von noch einmal 900 Mark jährlich ausnutzen; beide Vergünstigungen aber fallen künftig wegen der geplanten Kinderzuschläge weg.

Daß obendrein für Steuerzahler der Grundfreibetrag für Verheiratete von 8.424 auf 9.072 Mark steigen soll, schafft keinen Ausgleich: Knappe 12 Mark im Monat mehr wird das im Familienbudget ausmachen. Und von den kräftigen Steuerentlastungen, die ab 1988 durch die Abmilderung der Steuerprogression kommen sollen, haben die Kleinverdiener auch nichts; sie werden gleichmäßig (mit 22 %) besteuert. Von der gesamten Steuerreform mit dem hochgelobten Familienlastenausgleich bleiben etwa 38 Mark monatlich übrig.

## Lernmittelkürzung zumindest teilweise verhindert!

Zu der sachlichen Ausstattung der Schulen gehören u. a. auch die Lernmittel. Eine Gesetzesänderung der Landes-CDU zur Lernmittelfreiheit führte zur allgemeinen Verwirrung der Bürger. Ziel dieser Änderung war es, die Lernmittelfreiheit aufzuheben und die Eltern an den Kosten zu beteiligen. Obwohl es sich um eine Kannvorschrift handelt, setzte die hiesige CDU prompt im folgenden Haushalt die Mittel auf das Mindestmaß von 50 % der bisherigen Beträge herunter. Sie plante lediglich einen 10 %-Aufschlag für Härtefälle ein, der aber nur auf Antrag, ähnlich wie bei der Sozialhilfe, von den Eltern in Anspruch genommen werden konnte. Dieses Verfahren löste den erbittertesten Widerstand der SPD-Fraktion aus. Alle Bemühungen, sich bei einem Kompromiß auf 80 % der alten Ansätze zu einigen, schlugen jedoch fehl. Glücklicherweise kamen die Schulen im

Auch die jetzt beschlossene Erhöhung des Wohngeldes von 1986 an bietet keinen Ausgleich. Die 900 Millionen Mark zusätzlich werden weitgehend dafür verwendet, um jenen rund 100.000 Bundesbürgern, die wegen der starren Einkommensgrenzen seit der letzten Anhebung 1981 aus dem Kreis der Empfänger gestrichen wurden, wieder einen Mietzuschuß zu zahlen.

Etwas Hoffnung auf mehr Geld dürfen sich nur die Bezieher von Sozialhilfe machen; denn Franz Josef Strauß' Freistaat Bayern hat in den Ausschüssen des Bundesrates eine Gesetzesinitiative durchgesetzt, nach der vom 1. Juli 1985 an die Sozialhilfesätze wieder regelmäßig den Lebenshaltungskosten angeglichen werden und außerdem ein gewisser „Nachholbedarf“ berücksichtigt werden soll.

Ein Beispiel: Vor der Wende erhielt eine Familie mit vier Kindern und einem Nettoeinkommen von 60.000 Mark (etwa 90.000 Mark brutto) jährlich 7.320 Mark Kindergeld (50 Mark für das erste, 100 Mark für das zweite, 220 Mark für das dritte und 240 Mark für das vierte Kind im Monat). Durch die Einkommensgrenzen beim Kindergeld, die für zwei Kinder bei 42.000, für drei Kinder bei 49.800 und für vier Kinder bei 57.600 Mark liegen, verlor diese Familie 2.520 Mark im Jahr.

Der von 1986 an von 432 auf 2.484 Mark erhöhte steuerliche Kindergeldfreibetrag bringt der Familie aber nur eine echte Entlastung von 640 Mark. Unter dem Strich ergibt sich also ein Minus von 1.880 Mark gegenüber dem Stand von 1982. Dabei ist die Kürzung des Zweit- und Drittkindergeldes von 1982 um je 20 Mark nicht mitgezählt.

Heiner Geißler verdrießen solche Rechnungen nicht. Auch für das von 1986 an vorgesehene Erziehungsgeld (600 Mark im Monat) legte er Einkommensgrenzen fest. Sein christdemokratischer Parlamentskollege Herbert Werner fragte deshalb im Familienministerium an, ob es richtig sei, daß in manchen Fällen ein Zuwachs im Nettoeinkommen zu 90 % wieder durch geringere Erziehungs- und Kindergeldzahlungen verlorengingen - nämlich dann, wenn die Einkommensgrenzen übersprungen werden.

Der Familienvater, der sonst davon redet, daß Leistung sich wieder lohnen müsse, räumte den negativen Effekt ein: Bis zu maximal 70 % könnten Lohn- oder Gehaltssteigerungen von Staats wegen aufgezehrt werden.

vergangenen Jahr, aufgrund guter Bestände, noch mit den reduzierten Mitteln aus, ohne die Eltern beteiligen zu müssen. Bei den Haushaltsberatungen für das Jahr '85 kam die CDU den SPD-Forderungen ein ganzes Stück näher, da man sich auf 70 %ige Ansätze einigen konnte. Die Schulleiter bestätigten, daß sie in diesem Jahr noch einmal mit einem Satz von 70 % haushalten können, ohne auf Elternbeteiligung zurückgreifen zu müssen. Für die weiteren Jahre wird es aber sicher schwieriger, da die Reserven dann vollends aufgebraucht sind. Aus diesem Grunde wird die SPD-Fraktion auch weiterhin auf dem anfänglich geforderten 80 %igen Ansatz bestehen, da wir der Meinung sind, daß die Aufwendungen zur Ausbildung unserer Kinder, die bisher die Allgemeinheit getragen hat, nicht zusätzlich auf die Eltern abgewälzt werden dürfen.